

# Frank Ettrich

## Neotraditionalistischer Staatssozialismus.

### Zur Diskussion eines Forschungskonzeptes

*»Die gleiche historische Erscheinung kann z.B. in einem Teil ihrer Bestandteile 'feudal', im anderen 'patrimonial', in noch anderen 'bureaokratisch', in wieder anderen 'charismatisch' geartet sein.«*

Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*

#### I. Einleitung

Die Philosophie, lautet einer der am häufigsten zitierten Sätze Hegels, erscheint erst in der Zeit, »nachdem die Wirklichkeit ihren Bildungsprozeß vollendet und sich fertig gemacht hat«; wenn sie »ihr Grau in Grau malt, dann ist eine Gestalt des Lebens alt geworden«. Alt geworden, tödlich ermattet und zusammengebrochen ist nun auch jener spezifische Typ von Partei-Staat, jene besondere Form staatlich induzierter und getragener Industrialisierung und jenes eigentümliche Gefüge politischer und sozialer Beziehungen, die im Gefolge der Russischen und Chinesischen Revolution entstanden und sich entfalteten und nach 1945 den in den sowjetischen Machtbereich gelangten Ländern Ost- und Südosteuropas oktroyiert wurden.

Der Staatssozialismus als ordnungspolitisches Konzept und emanzipatorisches Projekt ist nicht nur in der Sowjetunion und in Osteuropa, er ist generell gescheitert. Die Länder, die nach 1945 mehr oder weniger freiwillig das stalinistische Modell antikapitalistischer Industrialisierung übernommen haben, stehen heute alle vor dem gleichen Scherbenhaufen wie die Sowjetunion selbst. In Ost- und Südosteuropa erweist sich, daß das alte Ost-West-Gefälle innerhalb Europas nicht aufgehoben wurde und die Bilanz nach 70 bzw. 40 Jahren Sozialismus in nahezu jeder Hinsicht negativ ist.

Das Tempo und die Radikalität des Zusammenbruchs jener antikapitalistischen und antidemokratischen (Gegen-) Moderne, die der Realsozialismus ja wohl war, lassen die Erkenntnis (Hegels Philosophie) allerdings eher auf ältere, bereits als überholt angesehene Konzeptualisierungsversuche des Realsozialismus zurückgreifen; sachliche, von der »Weisheit der Philosophie« im Sinne Hegels getragene Neuansätze sind (noch?) selten.

Insbesondere in der um fünf Länder erweiterten Bundesrepublik Deutschland neigen der öffentliche und mit ihm der wissenschaftliche Diskurs unter dem Druck der Obduktionsbefunde über die Staatsleiche »DDR« dazu, die historische

Bewältigung der realsozialistischen Vergangenheit Ostdeutschlands unter verstärktem Bezug auf Wahrnehmungsmuster und analytische Konstrukte zu unternehmen, die der Totalitarismus-Theorie und ihrem Umfeld entstammen.

Für westliche Beobachter - so unterschiedlich ihr Zugang auch immer war - galt es in der Vergangenheit ohnehin als ausgemacht, daß Gewalt und Terrorherrschaft die wichtigsten, wenn nicht einzigen Garanten der inneren Stabilität staatssozialistischer Gesellschaften waren. In dieser Annahme waren sich Rechte wie Linke einig, wenngleich die Linke die stalinistische Deformation des Sozialismus als historischen Irrtum, als Abweichung von der marxistischen Lehre kritisierte, während die Rechte gerade darin einen erschreckend wahren Ausdruck des Marxismus sah. In beiden Fällen trägt das gemeinsame Vorurteil bis heute dazu bei, daß die sozialen Grundlagen und Mechanismen der Funktions- und Legitimationsweise staatssozialistischer Gesellschaften im Dunkeln bleiben.

Andererseits sieht sich heute eine große Mehrheit der 16 Millionen DDR-Deutschen subjektiv oder faktisch politisch vor die Notwendigkeit gestellt, die eigene DDR-Biographie doch noch irgendwie zu der eines Totalitarismus-Opfers umstilisieren zu müssen, um den sehnsüchtig erwünschten beruflichen und sozialen Neuanfang erfolgreich bewerkstelligen zu können. Wer sich zukünftig einmal der Aufgabe unterziehen will, die dabei geleistete und noch zu leistende »Verdrängungsarbeit« plastisch vorzuführen, wird der sozialen Ironie eines Vilfredo Pareto oder eines Thorstein Veblens dringend bedürfen. Schon in der Hochzeit des politischen Umbruchs in der ehemaligen DDR war zu beobachten, wie Virtuosen in der Handhabung stalinistischer und neostalinistischer Herrschaftspraktiken dazu aufriefen, nunmehr auch die »kleinen Stalins« ausfindig und unschädlich (!) zu machen, oder wie habituelle Stalinisten eilig »Geschichten des Stalinismus« verfaßten.

Der vorliegende Beitrag geht zunächst von der eigenen alltagsweltlichen Erfahrung und Erinnerung des Autors aus, wonach die totalitären Repressalien tatsächlich nur eine kleine und exakt abgesteckte Gruppe politisch Aktiver traf, diese jedoch mit voller Wucht. Die Masse der Bevölkerung war ein stilles Arrangement mit der Macht eingegangen, wofür es bereits genügte, sich an die »Regeln des sozialistischen Zusammenlebens« zu halten, »einer geregelten Arbeit nachzugehen« und nirgendwo aus der Reihe zu tanzen. Eine solche Sichtweise soll keinesfalls über die tatsächliche Unterdrückung und Manipulation hinwegtäuschen; Angst, latente und tatsächliche Gewalt gehörten bis zum Ende zu den Integrationsmechanismen des staatssozialistischen Systems. Aber dies ist eben nur die eine Seite der Medaille.

Einen konzeptionellen Ansatz, der sowohl die Gewaltmechanismen als auch die Aspekte der friedlichen Übereinstimmung innerhalb der staatssozialistischen Gesellschaften sinnvoll integriert, sehe ich in dem von Ken Jowitt (1983) entwickelten und von Günther Roth (1987: vor allem 58-86) vervollkommneten Ansatz der poststalinistischen Gesellschaften als neotraditionalistischer Gesellschaften.

Ich werde zunächst noch einmal die Grundzüge der beiden dominanten Analysemodelle realsozialistischer Gesellschaften - des Totalitarismusmodells und seines Gegenentwurfs, des Pluralismusmodells - skizzieren, mit dem Ziel, den heuristischen Wert und die ergänzende Mehrleistung des Ansatzes von Jowitt und Roth zu akzentuieren (II), werde dann den Ansatz von Jowitt und Roth referieren (III), um schließlich einige Erweiterungen dieses Ansatzes vorzunehmen, die der m.E. zentralen Tatsache Rechnung tragen, daß die staatssozialistischen Gesellschaften politisch konstituierte und verfaßte Arbeitsgesellschaften waren, ihre tatsächlichen Funktions- und Legitimationsmechanismen also primär im Produktionsbereich ausfindig gemacht werden müssen, als institutionalisierter Klientelismus in den betrieblichen Arbeits- und Autoritätsstrukturen (IV).

## II. Staatssozialistische Gesellschaften als »totalitäre« bzw. partiell »pluralistische« Gesellschaften

Der ältere »klassische« Totalitarismusbegriff<sup>1</sup> bezog sich vor allem auf die Form politischer Herrschaft und stellte institutionelle Aspekte und psychologische Fragen ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Dabei kann man eigentlich kaum von *einem* oder von *dem* Totalitarismusansatz sprechen. Vielmehr gab es und gibt es eine Anzahl konkurrierender theoretisch-analytischer Überlegungen. Sie teilen allerdings einige Grundannahmen:

Grundüberzeugung totalitarismustheoretischer Ansätze ist die Auffassung, daß mit dem Nationalsozialismus/Faschismus und mit dem Kommunismus völlig neuartige, alle gesellschaftlichen und politischen Bereiche erfassende Herrschaftssysteme entstanden sind, die mit den klassischen Begriffen wie Diktatur, autoritäres aber auch bürokratisches Herrschaftssystem in ihrem Wesen nicht zutreffend zu beschreiben sind. In derartigen Systemen existieren Ideologien mit einem absoluten Wahrheitsanspruch, deren Vertreter für sich die Fähigkeit reklamieren, Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft verbindlich zu deuten und daraus eine die gesamte Gesellschaft erfassende und mobilisierende politische Strategie abzuleiten. Das Machtmonopol einer Partei, verbunden mit dem Terror der Geheimpolizei und die sich aus den modernen Organisationstechniken ergebenden Chance, alle Gesellschaftsmitglieder organisatorisch mehrfach zu erfassen und zu kontrollieren, die zentrale Planung der Volkswirtschaft in all ihren Aspekten, der hierarchische Aufbau des Gesamtsystems in der Regel mit einer

1 Vgl. Arendt 1958; Friedrich 1954. In der zweiten, revidierten Fassung von 1965 notierte C. J. Friedrich folgende Merkmale totalitärer Systeme: »(1) eine totalitäre Ideologie; (2) eine Einzelpartei, die an diese Ideologie glaubt und üblicherweise von einem Mann, dem Diktator geführt wird; (3) eine voll entwickelte Geheimpolizei; und schließlich drei Formen von Monopolen, genauer, von monopolistischer Kontrolle: Kontrolle (a) der Massenmedien, (b) der Einsatzwaffen, (c) aller Organisationen, einschließlich der ökonomischen, soweit sie mit einer zentralistischen Planungsökonomie verbunden sind« (Friedrich/Zrzeszinski 1965: 61). Damit ist bereits deutlich weniger Gewicht auf den Terror gelegt als noch in der ersten Ausgabe von 1954.

Person als Führer oder Generalsekretär an der Spitze ermöglicht die Indiennahme der Gesellschaft für die Ziele einer relativ kleinen Führungsgruppe.

Die Kaderpartei akzeptiert keine legalen und moralischen Schranken ihrer Aktionen: sie strebt nach uneingeschränkter Macht, totaler Unterordnung und totaler Transformation der Gesellschaft im vorgeschriebenen Sinne der marxistisch-leninistischen Staatsideologie, Terrorisierung ausgewählter Teile der Bevölkerung einerseits, Unterwerfung des Restes mittels ausgefeilter Methoden der Erzeugung von Angst und Furcht andererseits, kennzeichnen die Herrschaftstechniken der Einheitspartei und ihrer instrumentalisierten Organisationen.

Zwei Charakteristika kennzeichnen die soziale Beschaffenheit totalitärer Gesellschaften: Zum einen wird die Natur der *Bindungen zwischen der Staatspartei und ihren aktiven Anhängern* hervorgehoben. Es ist eine unpersönliche, ideologische Bindung, die auf politischer Zustimmung und psychologischen Identifikationsmechanismen basiert. Totalitäre Bewegungen beziehen sich weniger auf die materiellen Interessen ihrer Anhänger, sondern eher auf die Mechanismen der Massenpsyche: »Eine große Anzahl von Menschen folgt totalitären Bewegungen nicht primär vom Standpunkt des ökonomischen Kalküls, sondern wird stattdessen angesprochen vom nihilistischen Ton totalitärer Bewegungen als von einem expressiven Ausdruck ihrer Gefühle und Ressentiments gegen die Gegenwart" (Kornhauser 1959: 48). Diese fundamentale ideologische Orientierung wird auf Dauer gestellt, nachdem die Bewegung zur Macht gelangt ist, und dient der Partei zur Mobilisierung breiter Teile der Bevölkerung für ihre Ziele.

Das zweite Merkmal ist die *soziale Atomisierung* der Gesellschaft: Im Laufe der kommunistischen Transformation der jeweiligen Gesellschaften werden alle Bindungen und Institutionen zerstört, die nicht einen funktionalen Bezug zu den Zielen der Partei aufweisen. Totalitäre Gesellschaften dulden keine legitime Unterscheidung zwischen privater und öffentlicher Sphäre. Nicht ihren Zielen untergeordnete Loyalitäten sind für die monopolistische Einheitspartei potentiell subversiv. Mit den Begriffen Entfremdung, Anomie, Einsamkeit und neuerdings »Entsubjektivierung« wird diese Struktur in der Regel zu erfassen versucht.

Schon die Schöpfer des Totalitarismus-Konzeptes gingen davon aus, daß kommunistische Regime allmählich auf die Favorisierung des politischen Terrors bei der Verwirklichung ihrer Ziele verzichten würden und daß es ihnen auf Dauer nicht gelingen würde, ihre Gesellschaften in einem Zustand politischer Mobilisierung zu halten. Obwohl es in den vergangenen Jahrzehnten eine Reihe expliziter Diskussionen darüber gab, in welchem Sinne das Konzept totalitär verfaßter politischer Systeme modifiziert werden sollte, wurde niemals eindeutig geklärt, in welchem Maße und auf welchem Wege dies geschehen müsse. Die Entwicklungen der jüngsten Geschichte bekräftigen wohl die häufig geäußerte Ansicht, daß der weitgehende Bruch mit dem offenen politischen Terror und den Kampagnen der Massenmobilisierung keine grundsätzliche Änderung, sondern eher eine Rationalisierung und Verfeinerung der Instrumente totalitärer politischer Kontrolle darstellte. Implizit jedenfalls bleibt die Annahme bestehen, daß die staats-

sozialistischen Gesellschaften bis zu ihrem Ende durch soziale Atomisierung und unpersönliche ideologische Bindungen zwischen der totalitären Partei und ihren Anhängern gekennzeichnet waren.

Alternative Modelle (etwa Skilling 1970 sowie Skilling/Griffiths 1970) nahmen ihren Ausgangspunkt von der Beobachtung, daß die poststalinistischen Systeme weitgehend auf politischen Terror und Massenmobilisierung verzichteten und sahen parallel zu dieser Entwicklung die Rückkehr gewisser Ansätze politischen Wettbewerbs innerhalb eines nach wie vor bestehenden engen Rahmens politischer Kontrolle. Nach der für die revolutionäre Phase totalitärer Herrschaft typischen Atomisierung formieren sich wieder soziale Gruppen und beginnen ihre Gruppeninteressen zu artikulieren und zu verfolgen. Da es keine öffentliche Arena für den politischen Wettbewerb gibt, erfolgen politische Auseinandersetzungen in den Gefilden »bürokratischer Kryptopolitik« (Rigby 1983: 8); die Parteien existieren eher in Gestalt von Cliques und Seilschaften. Die Gruppenaktivitäten sind nicht formal organisiert und institutionalisiert wie Interessengruppen in den liberalen Demokratien des Westens, basieren jedoch auf identifizierbaren Gruppeninteressen.

Obwohl sich im Falle dieser sogenannten »pluralistischen Sozialismusmodelle« noch weniger von *einem* oder *dem* Ansatz sprechen läßt als bei dem Totalitarismuskonzept, eher von der typisierenden Charakterisierung einer Theorie-Familie, läßt sich auch hier eine gemeinsame Grundannahme ausmachen, die als deziidiert soziologisch zu kennzeichnen ist: Reale politische Aktivitäten gehen auf Gruppen mit identifizierbaren Gruppeninteressen zurück und diese Gruppen handeln in oder mittels formaler politischer Institutionen, welche meist die faktische Natur der Gruppenaktivität maskieren.

In der Alternative von Totalitarismus- und Pluralismus-Modellen des Staatssozialismus reproduziert sich somit die Kontroverse von liberalistischen und gruppentheoretischen Grundannahmen in der westlichen politischen Soziologie. Die Gruppentheorie war eine Reaktion gegen ältere Theorien, die die formalen politischen Institutionen liberaldemokratischer Systeme zum Ausgangs- und Endpunkt der Erklärung von deren faktischen politischen Funktionieren machten. Die Gruppentheorie »war eine soziologische Revolte gegen den Rechtsformalismus: Gruppenhandeln konstituiert die Realität des politischen Lebens; Gruppen operieren hinter der formalen institutionell-legalen Maske von Gesellschaft und Staat« (Almond 1983: 245).

Von gruppentheoretischen Annahmen inspirierte Analysen poststalinistischer Gesellschaften konzentrieren sich auf die Klassifikation und Beschreibung von Gruppen: deren Identität, deren Grenzen und Interessen sowie deren Chancen bei der Organisation von politischem Einfluß und bei der Durchsetzung ihrer partikularen Interessen. Die offiziellen Institutionen der staatssozialistischen Gesellschaft zur Organisation des politischen Lebens - die marxistisch-leninistische Partei (»Partei neuen Typs«) und die ihr subsumierten staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen - interessieren bei dieser Sichtweise primär als

pseudo-öffentliche Arenen, die den einzelnen Gruppen Möglichkeiten bieten, ihre Interessen zu vertreten.

Der »Neotraditionalismus«-Ansatz, den ich im folgenden Abschnitt skizzieren möchte, teilt einige Annahmen der beiden hier idealtypisch akzentuierten Ansätze, er weicht aber auch in einigen Grundannahmen vom Totalitarismuskonzept und von pluralistischen Konzepten ab. Mit der Totalitarismustheorie nimmt er an, daß das Verständnis des neuartigen Charakters und der Funktionsweise von »Parteien neuen Typs« zentral ist für die Analyse staatssozialistischer Gesellschaften. Die dort entwickelten Organisationsformen und -strategien formen die Muster sozialer Assoziation und politischen Verhaltens in sozialistischen Gesellschaften. Bei Anerkennung der Existenz spezifischer Zwangsmechanismen in der Form exzessiver politischer Überwachung und Kontrolle, akzentuiert der Neotraditionalismus-Ansatz aber stärker das ebenfalls vorhandene ausgefeilte System positiver politischer, ökonomischer und sozialer Anreize für Loyalität gegenüber dem System. Zentral ist für ihn die Annahme, daß von der Etablierung der staatssozialistischen Regime an politische Loyalität und Partizipation systematisch durch Karriereaussichten, Mobilitätschancen und spezifische Distributionsleistungen erzeugt wurden, über die die politischen Funktionäre und Amtsinhaber auf allen Stufen der politischen Hierarchie als Instrumentarien der individuellen und kollektiven Mobilisierung von Handeln verfügten.

Wo die Totalitarismustheorie die Betonung auf psycho-terroristische Mechanismen der Einschüchterung und Verbreitung von Angst legt, betont das Neotraditionalismus-Konzept die Vernetzung von ökonomischer und politischer Macht in den von den marxistisch-leninistischen Systemen ins Leben gerufenen bzw. adaptierten Anreizsystemen. Auch entwickelt der Neotraditionalismus-Ansatz ein größeres analytisches Verständnis für die paradoxen Effekte kommunistischer Herrschaftspraxis: Bei ihrem Versuch, die beherrschten Gesellschaften zu mobilisieren und zu transformieren, gaben die »Parteien neuen Typs« zwar unpersönliche ideologische Standards politischen Verhaltens vor und diese wurden auch in den historischen Perioden, da die vorgefundene Sozialstruktur radikal transformiert wurde, als normative Leitbilder beansprucht. Aber der Versuch der praktischen Umsetzung vorgegebener unpersönlicher Standards erzeugte im Austausch gegen politische Loyalität und ideologische Anhängerschaft ein System individueller und kollektiver Bevorzugungen - am Ende eine ausgeprägte Subkultur sozialer Netzwerke in allen sozialen Bereichen, die sich nur unzureichend als »informelle Beziehungen« beschreiben lassen.

Die Totalitarismustheorie konzentriert sich auf die Phänomene der Ideologisierung aller gesellschaftlicher Aktivitäten und die ideologische Feindschaft der Partei gegenüber persönlichen Bindungen und Beziehungen, aber sie verfehlt die nichtintendierten sozialen Konsequenzen der ideologischen Orientierung der Partei: Funktionäre und Parteiorganisationen entwickelten stabile Netzwerke loyaler Klienten, die politische Loyalität und Partizipation austauschen gegen Karrieremöglichkeiten und andere soziale und materielle Vorteile.

Das Ergebnis dieser Entwicklung ist schließlich ein hochgradig artifizielles Netzwerk von neuartigen Patron-Klient-Beziehungen, welches von der marxistisch-leninistischen Partei und ihren Funktionären aufrechterhalten wird und integraler Bestandteil ihrer Herrschaftsausübung und -sicherung ist. Ein klientelistisches System, in dem Loyalität gegenüber der Partei und ihrer Ideologie vermischt ist mit persönlichen Loyalitäten zwischen Partei- und Staatsfunktionären und ihren Klienten - Parteimitgliedern und Parteilosen.

Vor diesem Hintergrund läßt sich das totalitarismustheoretische Grundmotiv von der sozialen Atomisierung und Zerstörung aller für die Ziele der Einheitspartei dysfunktionalen sozialen Beziehungen nur schwer aufrechterhalten. Das Modell des Neotraditionalismus geht daher von der Existenz einer reichen Subkultur instrumentell-personaler Beziehungen aus, die es den Gesellschaftsmitgliedern überhaupt erst gestatten, an ideologischen Verbotsschildern und eklatanten Mangerscheinungen vorbei an knappe und begehrte Ressourcen zu gelangen, deren Verteilung de facto in der Hand der Partei- und Staatsfunktionäre lag - vom Generalsekretär angefangen bis hin zu den untersten Chargen des politischen Systems. Die offizielle Partei-Ideologie und die verkündete sozialistische Gesellschaftsmoral haben sich dieser selbstinduzierten Entwicklung immer entgegengestellt und ihre faktische Existenz bestritten. Der realsozialistische Parteistaat verstand sich aber während seiner gesamten Existenz als - um ein treffendes analytisches Konstrukt Ernst Fraenkels zu zitieren - «Doppelstaat» (Fraenkel 1974: vor allem 25-88). Dies brachte es zwangsläufig mit sich, daß ein großer Teil rechtlicher, politischer und Verteilungs-Entscheidungen in den Ermessensspielraum mehr oder weniger subalternen Partei- und Staatsfunktionäre gelegt war.

Während also die Totalitarismustheorie an den staatssozialistischen Gesellschaften die Züge unpersönlicher Mobilisierung und sozialer Atomisierung unterstreicht, betont das Modell der staatssozialistischen Gesellschaften als neotraditionalistischer Gesellschaften den persönlichen Partikularismus bei der Verteilung von Gütern, Einkommen und Karrierechancen, das wuchernde Netzwerk von Patron-Klient-Beziehungen, welches von der kommunistischen Partei gezielt zur Herrschaftssicherung und Herrschaftsausübung eingesetzt wurde und schließlich eine reiche Subkultur instrumentell-persönlicher Beziehungen, die sich mehr und mehr der ideologischen Kontrolle der Partei entzog.

Mit den »Pluralismus«-Modellen teilt der Neotraditionalismus-Ansatz die Annahme, daß die realsozialistischen Gesellschaften auf allen Ebenen des politischen Systems und in allen sozialen Bereichen Situationen des sozialen Konflikts und politischen Wettbewerbs aufweisen und die Gesellschaftsmitglieder über ein breites Mittelreservoir zur Durchsetzung ihrer Interessen verfügen. Er teilt aber nicht unbedingt die Annahme, daß reale politische und soziale Kräfte immer nur von klar definierbaren Gruppen ausgehen und diese sich formaler politischer Institutionen zur Durchsetzung ihrer Interessen lediglich bedienen. Die genuinen politischen Institutionen der staatssozialistischen Gesellschaften formten nicht einfach nur das politische Verhalten und schufen nicht nur einfache funktionale

Muster politischer und persönlicher Loyalitäten, sie erzeugten vielmehr damit die soziale Struktur realsozialistischer Gesellschaften selbst.

Auch lassen sich nicht nur soziale oder politische Gruppen als politische Akteure und die Beziehungen zwischen solchen Gruppen als die Grundelemente der Sozialstruktur ausmachen. Die kommunistische Partei schuf gerade soziale Institutionen an den faktischen Gruppenidentitäten und individuellen Zurechnungsprozessen zu diesen vorbei: Die Ideologie und reale Geschichte der »sozialen Zwischenschicht Intelligenz« und die diffizilen Mechanismen der Kanalisierung politischer Interessen und Aktivitäten einzelner Intellektueller und Intellektuellengruppen geben dafür ein schlagendes Beispiel.

Die kommunistische Partei band immer Minoritäten aller »gesellschaftlicher Klassen und Schichten« in ein politische Loyalität generierendes Netzwerk ein und tolerierte dafür das wuchernde System instrumentell-personaler Beziehungen, das durchaus Züge von Korruption annehmen konnte. Das flächendeckende System der parteikontrollierten gesellschaftlichen Massenorganisationen existierte immer nur in einem Spannungsverhältnis zu den tatsächlich gesellschaftlichen Gruppeninteressen und -aktivitäten; es versuchte diese zu pazifizieren und zu neutralisieren. Will man eines der grundlagentheoretischen Konzepte, die die zeitgenössische Soziologie zur Verfügung stellt, für die Analyse der sozialen Verfaßtheit und sozialen Struktur realsozialistischer Gesellschaften favorisieren, so ist es das des »sozialen Netzwerkes«.

Schließlich unterscheidet sich der Neotraditionalismus-Ansatz ganz grundsätzlich von den eher impliziten konvergenztheoretischen Annahmen der pluralistischen Modelle. Nach Jowitt (1983: 275) läßt sich die Geschichte der Gesellschaften sowjetischen Typs nicht als - wie partiell auch immer - Annäherung an die pluralistischen Demokratien des Westens begreifen, sondern als Prozeß der Entfaltung eines historisch völlig neuartigen Typs eines institutionalisierten Klientelismus.

### **III. Staatssozialistische Gesellschaften als neotraditionalistische Gesellschaften**

Der Terminus »Neotraditionalismus« ist gerade im deutschsprachigen Raum eher mißverständlich. Legt er doch sofort nahe, es handele sich dabei um eine Reformulierung der Theorie historischer Erbschaften mit den Mitteln, die Max Webers Idealtypus der »traditionalen Herrschaft« bereitstellt. Das Gegenteil ist richtig. Jowitt will am Beispiel der Geschichte der Sowjetunion zeigen, wie sich staatssozialistische Gesellschaften systemimmanent, ausgehend von ihrer spezifischen ökonomischen Verfaßtheit und der Ambivalenz ihrer offiziellen Ideologie und ihrer politischen Institutionen in neotraditionalistische Gesellschaften wandeln. Dieser systemimmanente Evolutionsprozeß wurzelt ausschließlich in den



kommunistischen Institutionen, also primär in der »Partei neuen Typs« bolschewistischer Provenienz.

Zwar handelt es sich bei Jowitts Ansatz um eine Anwendung der Weberschen Herrschafts- und Religionssoziologie, aber eben nicht nur des Idealtypus traditionaler Herrschaft. Vielmehr möchte Ken Jowitt zeigen, »daß Webers Dreiteilung, wenn sie richtig formuliert ist, tatsächlich die beste Grundlage für unser Verständnis der Organisation und Entwicklung leninistischer Regime ist" (1983: 294).

Unter »Neotraditionalismus« versteht er die Entwicklung der KPdSU von einer völlig neuen Form charismatischer Organisation und Herrschaft zu einer Standsorganisation von Parteikadern, deren Interessen primär persönlicher, familiärer und materieller Natur sind und die nicht nur aus ihrem autoritären Führungsanspruch heraus, sondern schon aus partikularistischen Gründen gegen politische und ökonomische Reformen sind.

Mit seinen Ausführungen zum Problem der »Veralltäglichen des Charismas« hat Max Weber die Grundlagen einer solchen Interpretation bereits selbst gelegt. Im jüngeren herrschaftssoziologischen Teil von »Wirtschaft und Gesellschaft« heißt es allgemein:

»In ihrer genuinen Form ist die charismatische Herrschaft spezifisch *außeralltäglichen* Charakters und stellt eine streng persönliche, an die Charisma-Geltung persönlicher Qualitäten und deren Bewährung geknüpfte soziale Beziehung dar. Bleibt diese aber nun nicht rein ephemere, sondern nimmt sie den Charakter einer Dauerbeziehung: - 'Gemeinde' von Glaubensgenossen oder Kriegern oder Jüngern, oder: Parteiverband, oder politischer, oder hierokratischer Verband - an, so muß die charismatische Herrschaft, die sozusagen nur in statu nascendi in idealtypischer Reinheit bestand, ihren Charakter wesentlich ändern: sie wird traditionalisiert oder rationalisiert (legalisiert) oder: beides in verschiedenen Hinsichten. Die treibenden Motive dafür sind die folgenden: a) das ideelle oder auch materielle Interesse der Anhänger an der Fortdauer und steten Neubelebung der Gemeinschaft, - b) das noch stärkere ideelle und noch stärkere materielle Interesse des Verwaltungstabes: der Gefolgschaft, Jüngerschaft, Parteivertrauensmännerschaft usw., daran: 1. die Existenz der Beziehung fortzusetzen, - und zwar sie 2. so fortzusetzen, daß dabei die eigene Stellung ideell und materiell auf eine dauerhafte Alltagsgrundlage gestellt wird: äußerlich Herstellen der Familien-Existenz oder doch der saturierten Existenz an Stelle der weltenthobenen familien- und wirtschaftsfremden 'Sendungen'.« (Weber 1980: 134)

Ken Jowitt sieht in der bolschewistischen »Partei neuen Typs« eine zwar neuartige, aber eben doch charismatische Organisation, bei der der Prozeß der »Veralltäglichen des Charismas« eher die Form einer »Traditionalisierung« als die einer »Legalisierung« annahm, die eher als »Präbendualisierung« (Verpfründung) denn als »Bürokratisierung« abläuft. Er arbeitet zunächst heraus, worin das Neuartige an der Leninschen Partei neuen Typs als charismatischer Organisation besteht: in einer eigentümlichen Verbindung von charismatischer Gesinnung und bürokratisch hergestellter Disziplin.

»Der Leninismus substituiert die charismatische unpersönliche Ordnung der Partei für die verfahrensmäßige Sachlichkeit, die im Westen dominiert. Lenin verknüpfte die fundamental gegensätzlichen Begriffe des persönlichen Heroismus und der organisatorischen Sachlichkeit und machte daraus den organisatorischen Helden, die Partei. Die 'Partei neuen Typs' ist eine Verschränkung von modernen Zügen (z.B. des Interesses an empirischer Untersuchung, an Diskussion und persönlicher Kompetenz) mit traditionellen Zügen (z.B. der Definition der Parteimitgliedschaft als eines kooperativen, exklusiven, höheren Status, der die ganze Person umfaßt).« (Jowitt 1983: 277)

Leninistische Parteien als charismatisch organisierte Einheiten brauchen zudem stets Konflikte mit ihrer Umgebung, um ihre organisatorische Integrität zu bewahren.

Die Neo-Traditionalisierung der KPdSU als dem Archetypus leninistischer Parteien begann, als sie nach dem Tode Stalins darauf verzichtete, ihre Funktionäre und Anhänger durch politischen Terror in einem permanenten Zustand der Mobilisierung zu halten. Die in der UdSSR als »Ära der Stagnation« bezeichnete lange Breshnew-Ära führte dann zur Ausbildung von Elementen einer ständischen Herrschaft, »bei welcher dem Verwaltungsstab bestimmte Herrengewalten und die entsprechenden ökonomischen Chancen appropriiert sind ... Ständische Herrschaft bedeutet also stets die Begrenzung der freien Auslese des Verwaltungsstabes durch den Herren.« (Weber 1980: 145). »Die Appropriation«, heißt es dann bei Weber weiter, »können dabei historisch ... aus dem vorher nicht ständischen Verwaltungsstab hervorgegangen sein.«

Die von legaler und illegaler Privilegierung vorangetriebene Ausbildung ständischer Soziallagen gerät zunehmend in Widerspruch mit der weiterhin beanspruchten charismatischen Legitimation der marxistisch-leninistischen Partei. Die KPdSU weigert sich, »ihr Selbstbild als heroischer Verwandler der Gesellschaft zu revidieren und auch den dazugehörigen Anspruch eines exklusiven politischen Status aufzugeben, und dies in einer Situation, in der sie es anscheinend nicht mehr fertigbringt, eine ideologisch korrekte und strategisch machbare soziale Kampfaufgabe zu definieren« (Jowitt 1983: 278). Dies führt zum Verlust der »organisatorischen Integrität« der leninistischen Partei und des von ihr getragenen politischen Systems.

»Organisatorische Integrität bedeutet für eine leninistische Partei, das Kampfethos der politischen Funktionäre zu erhalten, die als disziplinierte, disponible Mitglieder handeln. Anders ausgedrückt beruht die organisatorische Integrität einer leninistischen Partei auf ihrer Fähigkeit, sowohl der Ritualisierung des Kampfethos wie die Umwandlung von disponiblen Parteifunktionären in nichtverfügbare Parteifunktionäre zu verhindern.« (ebd.)

Das Unvermögen einer Organisation, zwischen ihren Interessen und denen ihrer Mitglieder zu unterscheiden, nennt Jowitt auch die »Korruption des Leninistischen Systems«. Der Verlust organisatorischer Integrität ist die Form der Korruption eines Systems, zu dessen Konstituentien die fehlende institutionelle Trennung von öffentlich-rechtlicher und privater Sphäre gehört. In diesem Licht erscheinen »zweite Wirtschaft«, »Schwarzmarkt« in der Sowjetunion und in den anderen Gesellschaften sowjetischen Typs weniger als Ausfluß persönlicher Korruption noch überhaupt als eine primär ökonomische Erscheinung, sondern als ein politisches Phänomen: als zentrale Komponente des Verfalls der charismatischen Herrschaft und Autorität der Leninistischen »Partei neuen Typs«.

Jowitt stellt Korruption und Veralltäglichen des Charismas einander gegenüber, da Weber seines Erachtens nicht adäquat zwischen einer Veralltäglichen unterschied, welche die materiellen Interessen der Mitglieder einer charismatischen Organisation fördert und doch organisatorische Integrität bewahrt, und einer »korrupten« Veralltäglichen, welche nur den Mitgliederinteressen dient. Im er-

sten Fall entwickelt sich Amtsscharisma, im zweiten wird das Amt den Interessen seiner Inhaber untergeordnet.

Jowitts These ist also, daß die UdSSR der nachstalinistischen Ära eine Korruption des Leninistischen Organisationstypus verkörpert, weil die Partei ihre »organisatorische Integrität« und damit charismatische Mobilisierungsfähigkeit eingebüßt hat und zu einer neotraditionalen Standesordnung geworden ist. Die grassierende Bestechung und Korruption im herkömmlichen Sinne der Verletzung öffentlicher Normen im privaten Interesse führen nach Jowitt nicht zur Entstehung einer leninistischen neotraditionalen Variante dessen, was Weber »politischen Kapitalismus« genannt hat. Der Wirtschaft gegenüber herrscht eine heroische oder Beutementalität. In Abhängigkeit von ihrer Stellung in der politischen Hierarchie »erbeuten« die Partei- und Staatsfunktionäre die besten Erzeugnisse aus den »volkseigenen« Betrieben, Bevorzugungen und Privilegien aller Art. Jowitt verweist darauf, daß die Kader marktwirtschaftliches Verhalten nicht nur ablehnen, weil ein unternehmerisches System ihre materiellen Interessen gefährden würde, sondern weil es nach wie vor nicht in ihr heroisches Selbstbild paßt: »Die Kader bekämpfen das Ethos und die Macht des Marktes als Quelle der Erniedrigung und einer würdelosen Existenzweise. Ideelle und materielle Interessen erhalten so die charismatische Einstellung der Partei gegenüber ökonomischem Handeln.«

Bestechung und illegale ökonomische Aktivitäten gefährden das System nicht, solange die faktische Existenz der KPdSU das tradierte Selbstbild des revolutionären Umgestalters der Gesellschaft und damit den monopolistischen Machtanspruch der Partei und ihrer Funktionäre aufrechtzuerhalten gestattet - der wichtigsten Bedingung dafür, daß die ganz alltäglichen »Haushalts- und Pariaaktivitäten« einer »gewöhnlichen Pfründnerschicht« sich hinter dem Schein charismatischer Legitimität verborgen halten können.

Ken Jowitts Analyse entstand vor dem historischen Hintergrund der ausklingenden Breshnew-Ära. Im großen und ganzen galten die von ihm hervorgehobenen sozialen Mechanismen der »negativen Stabilität« des sowjetischen Systems auch in der mit den Schlagworten »Glasnost« und »Perestroika« verbundenen jüngsten Geschichte der Sowjetunion. In einem zentralen Punkt ist sie allerdings revisionsbedürftig: In dem Maße nämlich, wie der katastrophale ökonomische Verfallsprozeß und die einsetzende politische Liberalisierung die Nomenklatura zwangen, ihren ideologischen Widerstand gegen eine Privatisierung von Teilen der Wirtschaft aufzugeben, sicherte sie sich und ihren Mitgliedern individuelle Eigentumsrechte am vermeintlichen Staatseigentum: ein Prozeß, der verglichen werden kann mit den ersten Schritten bei der historischen Entstehung des Kapitalismus durch die Transformation von Privilegien in monopolisierte Eigentumsrechte. Wie groß immer der Anteil der Korruption dabei ist - und er ist gewaltig - wird nur dieser Prozeß der privaten Monopolisierung von Eigentumstiteln durch die Nomenklatura, verbunden mit dem Wachstum des privaten Wirtschaftssektors und (unsicheren) ausländischen Investitionen zur Etablierung von

Gruppen mit klaren ökonomischen Verwertungsinteressen führen. Die Entstehung ökonomischer Interessen aber ist von entscheidender Bedeutung in einem Gesellschaftssystem, in dem bisher keine soziale Kraft mit einem Interesse für Investition und Produktivität zu identifizieren war. Nun, da mit dem Verbot der KPdSU der Hauptfaktor für die »negative Stabilität« des Systems allmählich verschwindet, ist es in der Lage, sich tatsächlich zu verändern.

#### **IV. Institutionalisierte Klientelismus in den betrieblichen Arbeits- und Autoritätsstrukturen**

Bereits Max Webers Herrschaftssoziologie selbst ist organisations-, nicht gesellschaftszentriert; sie geht nicht von einer Theorie gesellschaftlicher Strukturen und Prozessen aus, sondern von einem geschlossenen, determinierten administrativen System, das mit anderen, weniger geschlossenen Systemen verglichen wird. Versuche der Adaption und Anwendung der Weberschen Herrschaftssoziologie laufen daher immer Gefahr, einer analogen Verengung zu unterliegen wie das Original selbst. Allerdings geschieht dies keinesfalls zwangsläufig. Die Gefahr ist dort am größten, wo die Analyse sich gesellschaftlichen Zusammenhängen zuwendet, für die die weitestgehende Ausdifferenzierung gesellschaftlicher Teilsysteme - etwa Politik und Wirtschaft - konstitutiv ist bzw. der Blick des Beobachters durch die gesellschaftliche Systemdifferenzierung vorstrukturiert ist.

Günther Roth, der primär an Herrschaftssystemen als solchen interessiert ist, unterliegt dieser Tendenz stärker als Ken Jowitt. Dessen These, in der Organisations- und Funktionsweise der Leninistischen »Partei neuen Typs« den Schlüssel für die Struktur und die Funktionsweise staatssozialistischer Gesellschaften überhaupt in der Hand zu halten, ermöglicht es, die gesellschaftsanalytischen Potenzen des Neotraditionalismusansatzes aufzuschließen. Allerdings bleiben seine Erläuterungen zu der Aussage, es im Falle der Gesellschaften sowjetischen Typs mit einem historisch neuen System institutionalisierten Klientelismus zu tun zu haben, eher kursorisch und allgemein auf die Abhängigkeit der Bürger von den Partei- und Staatsorganisationen und deren hauptamtlichen Kadern bezogen.

Das Neotraditionalismus-Konzept bewährt sich aber auch bei der Analyse von Zusammenhängen, die westliche Beobachter staatssozialistischer Gesellschaften selten an »das politische System der Gesellschaft« denken lassen, etwa die Bereiche, die nach dem Selbstverständnis der kommunistischen Parteien deren »Hauptkampffeld« waren: materielle Produktion und Arbeit. 70 bzw. 40 Jahre realer Sozialismus haben ein »Produktionsmodell« und ein System von betrieblichen Arbeits- und Autoritätsverhältnissen entstehen lassen, welches sich von dem der kapitalistischen Demokratien des Westens grundsätzlich unterscheidet.

Die soziale Spezifik realsozialistischer betrieblicher Arbeitsverhältnisse ist in der differentiellen ökonomischen Grundstruktur des Sozialismus begründet: dem Fehlen formell freier, d.h. marktvermittelter Arbeit und dem Fehlen von Wirtschaftsunternehmen im kapitalistischen Sinne. Die Erwerbsarbeit trägt in der sozialistischen Planwirtschaft eher den Charakter fixen, denn variablen Kapitals. Sie ist im Grunde kein vom Unternehmen ablösbarer Produktionsfaktor. Das Arbeitsvermögen folgt nicht der Nachfrage der Unternehmen und die Beschäftigungsnachfrage der Unternehmen folgt nicht der Nachfrage nach ihren Produkten. Löhne und Arbeitsbedingungen sind nicht Gegenstände formalisierter Aushandlungsprozesse; Arbeit und Management werden nicht als Tarifpartner angesehen; Löhne und Arbeitsbedingungen werden von zentralistischen Planungsbehörden festgelegt. Beschäftigung ist staatlich garantiertes Recht und Arbeit ein Wert an sich. Das zentralistische System der Planung und Lenkung vermag nur geringe Impulse zur Ökonomisierung der Produktionskosten zu vermitteln. Einsparungen von Arbeitsvermögen bedeuten aus der Sicht des betrieblichen Managements, für die Zukunft das Risiko eines Arbeitskräftemangels einzugehen. Sein Bestreben muß es daher sein, die Arbeitskräfte dauerhaft an den Betrieb zu binden, unabhängig von dem jeweils aktuellen Arbeitskräftebedarf. Dies sind im wesentlichen die ökonomischen Rahmenbedingungen, die die Entstehung spezifischer betrieblicher Arbeits- und Autoritätsstrukturen umgeben und fördern.

Das Fehlen marktwirtschaftlicher Regulierungsmechanismen der Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse im Staatssozialismus hat für den tatsächlich manuell arbeitenden Teil der nach offizieller Lesart »herrschenden Klasse« ökonomische und soziale Abhängigkeit von ihren Betrieben und Beschäftigungsverhältnissen zur Folge, die der Arbeiterschaft in den entwickelten kapitalistischen Industriegesellschaften so unbekannt ist. Natürlich sind alle »abhängig Beschäftigten« im Sinne ihrer Bedürfnisbefriedigung abhängig von den sie beschäftigenden Unternehmen. In der sozialistischen Planwirtschaft begründet jedoch das Arbeits- und Beschäftigungsverhältnis des einzelnen Arbeiters dessen gesamte soziale Identität und weitgehend sein Recht, an den staatlichen Versorgungs- und Wohlfahrtsleistungen zu partizipieren. Der Betrieb übt nicht nur Autorität über den Arbeiter in seiner Eigenschaft als Träger von Arbeitskraft und Inhaber einer spezialisierten Berufsrolle aus; als Teil des sozialistischen Staates und in Form der obligatorischen betrieblichen Parteiorganisation repräsentiert er zugleich die Leninistische Partei und ihren Staat gegenüber dem Arbeiter als Person und Staatsbürger.

Die staatseigenen Betriebe garantierten die Versicherungs- und Rentenansprüche des einzelnen Arbeiters, sie verfügten häufig über eigene Einrichtungen der medizinischen Betreuung und Freizeit- bzw. Urlaubsgestaltung; sie waren die wichtige Träger der Wohnraumversorgung, sie gewährten Kredite und Beihilfen; sie sicherten die Kinderbetreuung in Krippen und Kindergärten, sie kanalisieren häufig knappe Konsumgüter, sie verfügten meist über eigene Bildungseinrichtungen. Sie spielen eine zentrale Rolle bei der Beschaffung bestimmter, system-

spezifischer Leistungen: bei der Gewährung einer Reiseerlaubnis, bei der Gewährung einer Aufenthalts- und Wohnlerlaubnis; sie stellten »Dringlichkeits-scheine« aus und gewährten Delegationen zum Hochschulstudium. In bestimmten realsozialistischen Ländern bedurfte es ihrer Zustimmung zu beruflicher Mobilität. Weitgehend unbekannt ist auch, daß sie mehr und mehr Funktionen der »sozialistischen Rechtspflege« übernahmen (Konfliktkommissionen) und manchen Straftäter vor gerichtlicher Strafverfolgung bewahrten. In allen realsozialistischen Ländern verstärkte sich im Laufe der Jahre die Abhängigkeit von und die Bindung an die Industriebetriebe und -branchen.

Weitestgehend ausgeblendet in den meisten Untersuchungen zu den betrieblichen Arbeits- und Autoritätsbeziehungen wird noch immer die faktische politische Abhängigkeit der Arbeiter vom betrieblichen Management: Politische Abhängigkeit meint hier die rechtliche und organisatorische Möglichkeit der Betriebsbelegschaften, durch kollektive Aktionen bestimmten Maßnahmen und Initiativen des Managements Widerstand entgegenzusetzen zu können (das gilt auch vice versa).

Der sozialistische Industriebetrieb war durchsetzt von einem sich überlappenden System politischer Organisationen, die zum einen dazu dienten, organisierte Widerstandsaktionen der Belegschaften zu verhindern oder schlimmstenfalls zu kanalisieren, die zum anderen aber einzelne Vertreter der Belegschaften zu rekrutieren und politisch zu binden hatten. Die Betriebsparteiorganisation verfügte in der Regel in allen Betriebsabteilungen über Untergliederungen. Sie informierten die übergeordneten Parteileitungen über die »Stimmungen und Meinungen« der »sozialistischen Arbeiter«. Der jeweilige Geheimdienst verfügte in allen bedeutenderen Betrieben über ein eigenes Büro und ein Informantennetz in der Belegschaft. Geheimdienst und betriebliche Personalabteilung führten jeweils gesonderte Akten und Dossiers über jeden »Werk tätigen«, die im Falle eines Betriebswechsels des Betroffenen ebenfalls ihre Aktenschränke wechselten. Ein Arbeiter, der auf unabhängiger politischer Aktivität hartnäckig bestand, fand - von einem bestimmten Zeitpunkt an - zumindestens keine adäquate oder qualifizierte Arbeit.

Als »Repräsentanten von Partei und Staat« verfügten die betrieblichen Funktionäre und Staatskader im Rahmen des politischen Organisationsgeflechts des Betriebes in bestimmtem Maße die politische Aktivität der Belegschaften: Sie organisierten z.B. Versammlungen, in denen sie Themen und Sprache des politischen Diskurses vorgaben. Das Maß, in dem Forderungen und Bedürfnisse der Arbeiter aufgegriffen und umgesetzt wurden, war unter diesen Bedingungen eher von der Großzügigkeit und den Kalkülen des Managements und des Staates abhängig und nicht von den kollektiven Aktionen der Arbeiter. Diese konnten eher durch individuelle Strategien der Anpassung und Zusammenarbeit bzw. durch informelle Aushandlungsprozesse ihre Interessen vertreten - der schwer faßbare Prozeß des »Gebens und Nehmens« zwischen Management und Belegschaft über das tatsächliche Ausmaß der Zusammenarbeit (»Planerfüllungspakt«) und die damit

verbundene faktische Festlegung der Kräfteverhältnisse zwischen den Parteien. Schließlich existierte eine hohe persönliche Abhängigkeit des einzelnen Arbeiters von seinem Vorgesetzten. Derjenige, der die Leistungsabrechnung »schrieb« und die Planerfüllung zu attestieren hatte, verfügte über ein manipulatorisches Instrumentarium, welches die ihm unterstellten Arbeiter in hohem Maße persönlich von ihm abhängig machte. Diese Form der persönlichen Abhängigkeit wurde zwar häufig durch kollektive Abrechnungsformen und personenunabhängigere Abrechnungsmechanismen bürokratisiert; der Unterschied war aber nur ein gradueller, das Maß der Formalisierung der Abrechnungsmodi legte fest, in welchem Maße die Abhängigkeit des einzelnen »Werk tätigen« vom Unternehmen umschlug in seine persönliche Abhängigkeit im Unternehmen. Die kompakte Kombination von ökonomischer, sozialer, politischer und persönlicher Abhängigkeit der Arbeiter vom Unternehmen und dessen Management generierte eine Struktur der Autoritäts- und Arbeitsbeziehungen, die in dieser Form nur für die Staatsunternehmen des Realsozialismus charakteristisch war.

Ihr hervorstechendes Merkmal war eine ausgeprägte Netzwerkstruktur von Patron-Klient-Beziehungen, die die betriebliche Parteiorganisation und die staatlichen Leiter mit einer Anzahl politisch loyaler und auch aktiver Arbeiter in der Belegschaft verbanden. Der Begriff der Patron-Klient-Beziehungen bzw. des Klientelismus wird dabei sowohl in seinem engeren wie in seinem weiteren Bedeutungsgehalt unterstellt. Die klientelistischen Beziehungen in der »sozialistischen Produktion« sind nicht einfach spezifische Ausprägungen »informeller Beziehungen« und »persönlicher Netzwerke« im landläufigen Sinne. »Cliques«, »Gruppierungen«, »Fraktionen« sind ein ubiquitäres soziales Phänomen und lassen sich in den spezifischen national und historisch geprägten betrieblichen Autoritäts- und Arbeitsbeziehungen aller Gegenwartsgesellschaften ausfindig machen.

Der spezifische sozialistische Partei-Klientelismus war nicht Bestandteil persönlicher Beziehungen, die getrennt von der formalen Struktur sozialer Beziehungen und Rollen existierten. Er wurde hervorgebracht durch die für die »Partei neuen Typs« leninistischer Provenienz charakteristischen Praktiken der Führung und der Mitglieder- bzw. Anhänger-Rekrutierung. Partei und staatliches Management kontrollierten die Betriebsbelegschaften und unterliefen kollektive Aktionen der Beschäftigten durch die Schaffung stabiler Beziehungen zu einem minoritären Teil politisch loyaler und kooperativer Arbeiter. Es handelte sich um eine Form von prinzipiellem Partikularismus. Die klientelistischen Beziehungen waren vertikal, zwischen Vorgesetzten und Unterstellten, angelegt; sie beinhalteten den Austausch gegenseitiger Vorteile zwischen den beteiligten Parteien. Persönliche Loyalitäten zwischen einzelnen Funktionären und ihren Anhängern entstanden zwangsläufig in einem solchen sozialen Arrangement, sie vermischten sich mit den »offiziellen« Loyalitätsbeziehungen.

Sozialistischer Partei-Klientelismus war eine Schöpfung »von oben«; er war ein institutionell verordnetes klientelistisches Netzwerk, das sowohl formale wie in-

formelle, sowohl unpersönliche wie persönliche Aspekte aufwies. Damit einher ging eine reiche Subkultur instrumentell-persönlicher Beziehungen, die den gegenseitigen Austausch von Vorteilen oder die Abhängigkeit von persönlichen Bekanntschaften oder Formen alltäglicher Korruption beinhalteten und der Erlangung bestimmter öffentlicher oder privater Güter dienten. Diese Beziehungen waren das zwangsläufige Substitut für die in der sozialistischen Mangelwirtschaft fehlenden unpersönlichen Marktbeziehungen. Sie waren auch ein Ergebnis betrieblicher Verteilungssysteme, die zwar meist formal bürokratisch organisiert waren, den Amtsinhabern und Funktionären aber einen ungewöhnlich großen Ermessungsspielraum zubilligten.

Instrumentell-persönliche Beziehungen durchzogen alle Bereiche staatssozialistischer Gesellschaften. In den Industriebetrieben und Unternehmen kultivierten die Beschäftigten persönliche Beziehungen in der Regel in instrumentellem Bezug auf die Bewertung ihrer Arbeitsleistung und -disziplin oder um in den Genuß spezifischer betrieblicher Verteilungsleistungen zu gelangen. Instrumentelle Orientierungen in den persönlichen Beziehungen sind natürlich keine ausschließliche Eigenheit staatssozialistischer Institutionen. Hier traten sie auf, weil letztere die ökonomischen und sozialen Ressourcen kontrollierten und den Funktionären bei der Verteilung dieser Ressourcen einen großen persönlichen Entscheidungsspielraum einräumten. Unter den Bedingungen einer sozialistischen Mangelwirtschaft wurden solche instrumentell-persönlichen Beziehungen für die Individuen zu außerordentlich wichtigen Mitteln und Wegen, ihre privaten Interessen und Bedürfnisse zu realisieren.

## V. Schluß

Der Zweck des hier vorgestellten Konzeptualisierungsversuches ist es, die Forschung stärker auf die tatsächlichen sozialen Integrationsmechanismen in staatssozialistischen Gesellschaften zu orientieren. Sozialistische Gesellschaften und Planungsökonomien waren »modernisierte« Gesellschaften im Sinne von Industriegesellschaften; aber der Preis des antikapitalistischen Modells nachholender Modernisierung war die Entfaltung einer Form von politischer und sozialer Gemeinschaftlichkeit, die im skizzierten Sinne als »neotraditional« bezeichnet werden kann und die die staatssozialistischen Gesellschaften in ihrer sozialen Verfaßtheit wesentlich von der westlicher Gesellschaften abweichen läßt. Die revolutionäre Beseitigung des staatssozialistischen politischen Systems, die schrittweise Einführung marktförmiger Regulationsmechanismen und der allmähliche Aufbau rechtsstaatlicher Rahmenbedingungen werden die sozialismusspezifischen Formen der sozialen Integration in den Hintergrund treten lassen; es kann aber kein Zweifel daran bestehen, daß mit ihnen noch für absehbare Zeit als »intervenierende Variablen« der ablaufenden gesellschaftlichen Transformationsprozesse zu rechnen sein wird.



## Literatur

- Almond, Gabriel (1983): Corporation, Pluralism, and Professional Memory, in: *World Politics*, Vol. 35.
- Arendt, Hanna (1958): *Elemente totalitärer Herrschaft*, Frankfurt/Main
- Fraenkel, Ernst (1974): *Der Doppelstaat*, Frankfurt/Köln.
- Friedrich, Carl J. (1954): The Lenique Character of Totalitarian Society, in: *Totalitarianism*, edited by Carl J. Friedrich, Cambridge: 47-60.
- Friedrich, Carl J.; Zrzesinuki, Ebingnier (1965): *Totalitarian Dictatorship and Autocracy*, 2nd edition, revised by Carl J. Friedrich.
- Jowitt, Ken (1983): Soviet Neotraditionalism: The Political Corruption of a Leninist Regime, in: *Soviet Studies*, Vol. 35: 275-298.
- Kornhauser, William (1959): *The Politics of Mass Society*, Glencoe.
- Hans-Heinrich Nolte (1989): *Patronage und Klientel*, Wien.
- Rigby, A. Thomas (1983): Introduction, in: Thomas H. Rigby, Bohdan Harasymiw (Eds.): *Leadership Selection and Patron-Client-Relation in the USSR and Yugoslavia*, London.
- Roth, Günther (1987): *Politische Herrschaft und persönliche Freiheit. Heidelberger Max-Weber-Vorlesungen 1983*, Frankfurt/Main.
- Škilling, H. Gordon (1970): Group Conflict and Political Change, in: *Change in Communist Systems*, edited by Johnson: 215-34.
- Škilling, H. Gordon; Franklyn Griffiths (Eds.) (1970): *Interest Groups in Soviet Politics*, Princeton.
- Weber, Max (1980): *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie*, Tübingen